

Resolution zur Frage des französischen Referendums

M. Hoff

Das I.E.K. verurteilt die "JA" Abstimmung, die von der Mehrheit des Z.K. der P.C.I. angenommen wurde als eine typisch opportunistische Abweichung.

Das Referendum vom 5.Mai bedeutete keine zwingende Wahl zwischen zwei Arten - die eine mehr, die andere weniger reaktionär - des bürgerlichen Staates. Es war nicht eine Wahl zwischen einer bürgerlichen Monarchie und einer bürgerlichen Republik; oder einem Parlament mit zwei Häusern oder einer einzigen Versammlung. Das Ref. vom 5.Mai bestand lediglich in der Annahme oder Ablehnung einer bürgerlichen Verfassung.

Die revolutionäre Partei macht sich die Periode der Agitation um die Verfassungsfrage zu nutze, um die demokratischen und Übergangsforderungen vorzutreiben und unterstützt die demokratischesten Vorschläge gegen reaktionärere Anträge. Das bedeutet aber nicht, jemals eine zur Gänze bürgerliche Verfassung anzunehmen, gleichgültig, wie die Demokratie auch immer aussehen mag. Imfraglichen Falle gab es keine Wahl zwischen verschiedenen Verfassungen, sondern nur die Wahl, die Verfassung als Ganzes abzulehnen oder anzunehmen.

Das Stimmen mit "JA" bedeutete, ob einer wollte oder nicht, den bürgerlichen Staat, das kapitalistische Eigentum, die nationale Verteidigung und die koloniale Unterdrückung sanktionieren. Es ist nicht Sache der Taktik sondern des Prinzipes unter allen Umständen einer bürgerlichen Verfassung, wie auch immer sie sein mag, feindlich gegenüber zu stehen. Kein taktischer Grund könnte es rechtfertigen, diesem prinzipiellen Grundsatz mit Rücksicht auf den bürgerlichen Staat aufzugeben. Die taktischen Gründe, die für eine Preisgabe der Prinzipien sprechen, haben, wie es immer der Fall ist, im Widerspruch mit einer korrekten Analyse des tatsächlichen Kräfteverhältnisses der Klassen geprüft zu werden.

"JA" wäre gerechtfertigt gewesen beim Vorhandensein einer "Offensive der Bourgeoisie", wenigstens einer "Neuformierung, mit der Absicht einer Offensive", bei der Absicht der Bourg., dieses Referendum zu einer "Kraftprobe" zu machen, zuletzt durch die Notwendigkeit in die Opposition zu treten, bei all diesen Bedingungen, durch die "Einheitsfront" der Arbeiterklasse.

Nun, die Bourg. in Frankreich, wie in ganz Europa, ist weit davon entfernt, zur Offensive überzugehen und denkt nur daran den Weg zu finden, den Aufstand der Massen einzudämmen oder aufzuhalten. Denn die Kapitalisten der ganzen Welt drücken uns, dass das Referendum vom 5. Mai und die Wahl vom 2. Juni nur die Genugtuung gebracht habe, das Anwachsen der K.P. derzeit aufzuhalten zu sehen.

Der Begriff "Neuformierung" der Bourgeoisie in der vagen Form, wie er bebraucht wurde, um das "Ja" zu rechtfertigen, bringt nur Verwirrung.

Die Bourg. Hat sicherlich nicht die Absicht ohne Kampf abzutreten. Seit dem Zusammenbruch des Vichy-Regimes und seiner Kampforganisationen, hat die franz. Bourg. stetig versucht ihre Kräfte "neu zu formieren". Aber es ist ihr so weit noch nicht gelückt, irgend etwas fest aufzubauen, und die Ablehnung der Verfassung vom 5. Mai hat ihr nunmehr dazu verholfen.

Durch das Zurückziehen von über 30 Wahllisten der P.R.L. zu Gunsten der M.R.P. am Vorabend der Wahl vom 2. Juni, hat der franz. Kapitalismus gezeigt, dass er in seinen Versuchen sich neu zu formieren, derzeit noch mit Vorstecht und Zögern als mit Angriffsgeist vorgeht.

Das Argument hinsichtlich der "Kraftsprobe" Hat dem Referendum keine Berechtigung.

Es war zweifach begründet, die parlamentarischen Beziehungen zwischen den Parteien an Stelle der Hauptbeziehungen der Kräfte zwischen den Klassen zu setzen, und auf der irrtümlichen Identifizierung der Arbeiterklasse mit den grossen Parteien, die sie verraten. Nach dem Ereignis brach es buchstäblich zusammen. Weder das Referendum vom 5. Mai noch die Wahl vom 2. Juni, bei der die M.R.P. einen Wahlerfolg errang, haben eine Rechtschwenkung des Steuers durch die Bourg. auf welcher Ebene auch immer verursacht.

Im Gegenteil, sie fürchtet sich davor, die K.P. in Opposition gehen zu sehen. Tatsächlich, diese sogenannte "Kraftprobe", von der das Proletariat eine aufgetauchte Niederlage vermutete, ist von einem Linkskurs der K.P. und der C.G.T. in den Lohnfragen gefolgt. Sicherlich aber ein Kurs, am Vorabend der Wahl gemacht, um den tiefen Kapfwillen dem Teil der Massen wegzunehmen, welche in der Menge der Stimmzettel keine Niederlage ihrer Klasse sieht.

Die Idee einer Wahl- "Einheitsfront" steht in Widerspruch zu allen Lehren von Lenin und Trotzki über die Einheitsfront; getrennt marxieren und vereint schlagen.

Die wahre Einheitsfront, d.h. die Übereinstimmung zu einem wirklichen Kampf um ein bestimmtes Ziel (Gegenstand), kann nicht die Form einer

Stimmabgabe gemeinsam mit den reformistischen Parteien für eine bürgerliche Verfassung annehmen, zu dem Zwecke "den Weg zur Reaktion zu versperren".

Unter dem Titel Einheitsfront offenbart sich der gewöhnlichste Wahl Opportunismus.

Wenn die rev. Partei vorschlägt, für die Kandidaten der Arbeiter - partei zu stimmen, so geschieht dies nicht in irgendeiner Einheitsfront, es ist dies eine Art Beseitigung von Hindernissen auf dem Weg der politischen Entwicklung der Arbeiterklasse; sie übernimmt jedoch keinerlei Verantwortlichkeit für das Programm der Kandidaten oder Parteien, für die zu stimmen sie vorschlägt.

Die Entscheidung, mit "Ja" zu stimmen hinderte die politische Entwicklung der Arbeiterklasse dadurch, dass die rev. Partei das Programm der Klassenzusammenarbeit, des Dreiparteiensystems, welches ihren vollendesten Ausdruck in der Verfassung fand, gut hieß.

Wenn wir die Lösungen (?) "für eine Arbeiter- und Bauernregierung", "für eine S.P., K.P. und C.G.T. Regierung" oder "Arbeit zur Macht" verteidigen, so tun wir dies, nicht auf Grund des Programmes für welches diese Parteien eintreten, sondern im Gegenteil, wir tun dies um die Massen anzutreiben, diese Parteien zu zwingen, das Programm der Arbeiter durchzuführen (anzuwenden!).

Im Falle des Referendums bedeutete das Stimmen mit "JA", die Plattform der drei Parteien ganz zu billigen, wogegen es notwendig war die Massen im Namen einer S.P., K.P. und C.G.T. Regierung zu mobilisieren.

Das Referendum vom 5.Mai war in erster Linie ein Wahlmanöver der Bourg., besonders ihrer gegenwärtigen Hauptpartei der M.R.P.

Dieses Manöver zielte auf folgende Punkte:

1. auf die Arbeiterparteien allein die Verantwortung für die unheilvollen Ergebnisse der Dreiparteienpolitik, die durch die Verfassung gekrönt wurde, abzuwälzen,
2. die Arbeiterparteien damit zu schrecken, sie mit der Arbeiterklasse auf einer Ebene ohne Gefahr für die Bourg. allein zu lassen, und sie so zu zwingen, ihren Opportunismus noch mehr zu enthüllen.
3. der am 2.Juni gewählten Versammlung die Hypothek der Abstimmung über das Referendum zu überlassen und von den gewählten Kandidaten der Sozialisten und Stalinisten Konzessionen zu erhalten.
4. In zweiter Linie für die M.R.P. um sich in ihrem Recht vor der P.R.L. zu schützen.

Das Ergebnis des Referendums vom 5.Mai war ein Rückschlag für die Arbeiterparteien, aber keine Niederlage für die Arbeiterklasse.

Durch das Geschrei von einer Offensive der Reaktion und das Aufrufen der Arbeiter, dieser mit dem Stimmzettel zu antworten, blieben die sozialistischen und stalinistischen Parteien ihrem Opportunismus treu.

Die Entscheidung der Mehrheit des Z.K. der P.C.I. mit "JA" zu stimmen, unter dem Vorwand, sich sonst von den Massen zu isolieren, war der Ausdruck der Furcht, sich klar von den grossen Parteien und besonders von der Stalinpartei abzugrenzen und war nur die Anpassung an den Opport. dieser Parteien.

Die Politik dieser Parteien pflegt die parlamentarischen Illusionen unter den Massen zu stärken. Das "JA" für die Verfassung, durch das Z.K. beschlossen, trotz der Darstellung, die zu erklären versucht, dass es ein "Ja" war, das für alle Verfassungsfragen "Nein" bedeutete, hat es fertig gebracht, parlamentarische Illusionen grosszuziehen.

Die Wahl vom 2.Juni hat klar demonstriert, dass der Erfolg, der von der P.C.I. verzeichnet wurde, sicherlich durch die Furcht vieler Sympathisierender, "ihre Stimmen wegzwerfen", dadurch "in die Hände der Reaktion zu spielen", begrenzt wurde, was sie bewog für die Stalinpartei zu stimmen.

Das I.E.K. ruft alle Mitglieder der 4.Int. auf, die Frage des franz. Referendums zu studieren und ihren Aufgaben anzugeleichen. Auf der einen Seite gebieten die zahlreichen Wahlen in den letzten Monaten in den Ländern, in denen die politischen Ereignisse den grössten Einfluss für Westeuropa bekommen werden, das Studium dieses mit grösster Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit. Andererseits fu wurde durch ein Ereignis in der Entwicklung der franz. Situation die Gefahr offenbar, die eine Sektion bei Übergang von einem Propagandazirkel zu einer Partei, die in den Massen wurzelt, ins Gesicht blickt.

Die Ergebnisse, die durch harte Arbeit im Klären des Grundes mit dem revolut. Programm erzielt wurden, können nicht durch Taktik und Manöver, die im Widerspruch zu diesem Programm stehen, behauptet und vermehrt werden.

Die Kämpfe der franz. Bolschewiki-Leninisten vor und während des Krieges und seit der Befreiung haben im Erfolg vom 2.Juni gegipfelt, wo 45.000 Arbeiter für die Kandidaten der P.C.I. stimmten. Dieses Ergebnis verspricht eine grosse Entwicklung der rev.Partei in Frankreich, unter der Voraussetzung, dass sie sich treu an das Programm der 4.Int. hält und nicht dem Druck dessen nachgibt, welcher der Ausdruck des bourg.Druckes auf die Arbeiterklasse ist.

Der Fehler, der in der Frage des Ref. gemacht wurde, wolle als Lehre für die 4. Int. als Ganzes und für die franz. Sektion im Besonderen dienen.

Juni 1946

Anmerkung: In der Art und Weise möglichst klar unsere Opposition zur bürgerlichen Verfassung und der Politik der Klassenzusammenarbeit, welche es erzeugte, auszudrücken, waren Genossen in Übereinstimmung mit obiger Analyse verschiedener Ansicht, einige befürworteten eine Abstimmung mit "Nein" und andere, auf die Stimmzettel die Formel: "Für eine Arbeiter und Bauernregierung" zu schreiben.
Das ist ~~ein~~ Gegenstand einer zweitrangigen taktischen Differenz.